



Grünen-Chef Kogler: „Man soll sich nicht immer nur fürchten.“
BILD: SINAP/ROLAND SCHLAGER

Zwei bringen sich in Stellung

Links oder rechts? Die Grünen stellen ihre Verhandler vor. Und die FPÖ will im Koalitionspoker doch mitspielen.

MARIAN SMETANA
 MARIA ZIMMERMANN

WIEN. Also doch. Die FPÖ bringt sich – trotz einer ersten Absage nach ihrem Wahldebakel – als möglicher Koalitionspartner für die ÖVP ins Spiel. Der Grund für diesen blauen Schwenk ist Tausende Kilometer entfernt in Nordsyrien zu finden. Aufgrund der türkischen Invasion in die dortigen Kurdengebiete warnt FPÖ-Chef Norbert Hofer vor einer türkisch-grünen „Linksregierung“, die Österreich nicht vor möglichen Flüchtlingsströmen aus Syrien Richtung Europa schützen würde: „Es wird offene Grenzen geben.“ Überhaupt kann sich der FPÖ-Chef nicht vorstellen, dass bei den Sondierungsgesprächen zwischen der ÖVP und den Grünen „etwas G'scheites herauskommt“, und warnte vor der grünen „Weltuntergangssekte“.

Grünen-Chef Werner Kogler, der fast parallel dazu zur Pressekonferenz geladen hatte, nahm Hofers Aussage als Versuch, sich „kabarrettistisch zu betätigen“, zur Kenntnis. Was die FPÖ angehe, sei diese im Koalitionspoker aber „voll im Spiel“. „Mit diesen Spompanadeln“, also dass die FPÖ sich aus dem Spiel nehme, „braucht man mir gar nicht zu kommen“, sagte er in Richtung von ÖVP-Chef Sebastian Kurz. Die blaue Option sei schon 2003 der Grund dafür gewesen, dass sich die ÖVP in den Verhandlungen mit den Grünen kaum bewegt habe. Aber, sagte Kogler, die Grünen gingen jedenfalls „positiv“ in die Gespräche. Zwar gebe es viele Risiken und „enorme Unterschiede“, aber eben auch Chancen: „Man soll sich nicht immer nur fürchten.“

Am Freitag treffen die Grünen erstmals mit dem Team von Sebastian Kurz zusammen: Auf grüner Seite ist das neben Kogler der oberösterreichische Langzeitlandesrat Rudolf Anschöber als schwarz-grüner Verhandlungsspezialist und Integrationsexperte. Die Wiener Grünen-Chefin und Vizebürgermeis-

terin Birgit Hebein, die laut Kogler auch zeigen soll, dass die Grünen im Gleichschritt marschieren und eben nicht in einen Fundi und einen Realo-Flügel gespalten sind. Öko-Expertin Leonore Gewessler, die vor ihrem Quereinstieg bei den Grünen Chefin von Global 2000 war. Die frühere Pilz-Mandatarin Alma Zadić, die als juristische Expertin dabei ist. Und Josef Meichenitsch, ein ausgewiesener Budget- und Finanzexperte, der zuletzt bei der Finanzmarktaufsicht beschäftigt und vor Jahren Mitarbeiter Koglers im Parlamentsklub war. Nun gelte es „die inhaltlichen Schnittmengen“ mit der ÖVP und einen Umgang mit den Unterschieden zu finden, sagte Kogler. Aber: „Der Ausgang der Verhandlungen ist völlig offen.“

Falls die Gespräche zwischen Kurz und Kogler scheitern – und davon geht die FPÖ aus – würden die Freiheitlichen die Lage neu bewerten und eventuell doch in Verhandlungen mit der ÖVP eintreten. Die Botschaft war am Dienstag klarer als in den Tagen zuvor: Die FPÖ ist nicht abgeneigt, Juniorpartner in einer möglichen türkisch-blauen Neuaufgabe zu sein. „Wir sind aber auch nicht der ‚Last Exit‘ für Kurz, damit er bei den anderen den Preis nach oben treiben kann“, stellte Hofer klar.

Die FPÖ versucht derzeit, möglichst rasch einen großen Abstand zwischen die Partei und das Ehepaar Strache zu bringen. „Die Causa Philippa ist abgehakt. Sie hat keinen Job in der FPÖ, sie wird nicht im FPÖ-Parlamentsklub sein“, sagte Hofer und verwies einmal mehr darauf, dass in der FPÖ künftig strengere Regeln bei Spesenabrechnungen gelten sollen. Damit will man auch frustrierte FPÖ-Wähler wieder mit der Partei versöhnen. Kurz zuvor hatte Harald Vilimsky noch das 9500-Euro-Gehalt für Philippa Strache für ihre Social-Media-Arbeit verteidigt. Sie habe enormen „externen Input“ eingebracht, sagte Vilimsky, der das hohe Gehalt als Finanzreferent mit abgesegnet hatte.



FPÖ-Chef Hofer: „Kurz kann keine Koalition mehr scheitern lassen.“
BILD: SINAP/HELMUT FOHRINGER

Türkisch-grünes Regieren könnte mühsam werden

ÖVP und Grüne ohne Bundesratsmehrheit – Gesetzgebungsprozess könnte sich „um zwei bis drei Monate“ verzögern.

ANDREAS KOLLER

WIEN. Sollten sich ÖVP und Grüne tatsächlich zu einer Koalition zusammenfinden, wird das Regieren ein wenig mühsamer als vormem. Und dies nicht (nur) aus inhaltlichen, sondern auch aus verfassungsrechtlichen Gründen. ÖVP und Grüne verfügen zwar im Nationalrat über eine komfortable Mehrheit, im Bundesrat sind sie allerdings meilenweit von einer solchen entfernt. Das bedeutet, dass die Länderkammer des Parlaments so gut wie jedes Gesetz, das Türkis und Grün mit ihrer Mehrheit im Nationalrat beschließen würden, beanspruchen könnten.

Da der Bundesrat in der Regel nur ein „suspensives“, das heißt ein aufschiebendes Veto hat, werden die

Auswirkungen in den meisten Fällen nicht allzu gravierend sein: Der Nationalrat hat in diesem Fall die Möglichkeit, einen Beharrungsbeschluss zu fassen, sprich: das vom Bundesrat zurückgewiesene Gesetz ein weiteres Mal im Ausschuss zu beraten und es neuerlich zu beschließen. Dann tritt es auch gegen den Willen des Bundesrats in Kraft. Aber dennoch: Werner Zögernitz, als Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen ein intimer Kenner der parlamentarischen Abläufe, schätzt, dass sich der Gesetzgebungsprozess „um zwei bis drei Monate verzögern“ könnte.

Die Zusammensetzung des Bundesrats richtet sich nach den Ergebnissen bei den Landtagswahlen. Die ÖVP kommt hier auf 22 Mandatäre,

ihre bisherige Koalitionspartner FPÖ auf 15. Macht 37, was bei einer Gesamtzahl an Bundesräten von 61 eine bequeme Mehrheit ergibt. Schließt die ÖVP eine Koalition mit den Grünen (drei Bundesräte), kommt die Regierung nur noch auf

Die SPÖ wird mit am runden Tisch sitzen

25 Bundesräte. Das ist zu wenig, selbst wenn die bevorstehenden Wahlen in der Steiermark einen Bundesratszuwachs für Türkis und Grün bringen sollten.

Unangenehm für eine türkisch-grüne Koalition könne es in all jenen Fällen werden, in denen der Bundesrat nicht bloß ein aufschiebendes, sondern ein absolutes Veto

hat. Etwa bei Staatsverträgen, die in die Kompetenzen der Bundesländer eingreifen. Oder bei Verfassungsgesetzen, die die Kompetenzen der Bundesländer einschränken. Hier muss der Bundesrat sogar mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. Diese Bestimmung ist im Fall einer türkisch-grünen Koalition freilich hypothetischer Natur. Denn ein Verfassungsgesetz kann, da es einer Zweidrittelmehrheit bedarf, im Nationalrat nur mit Zustimmung der SPÖ beschlossen werden. Weshalb davon auszugehen ist, dass die SPÖ auch im Bundesrat zustimmen wird.

Dennoch: Eine große Staatsreform, wie sie dem designierten Bundeskanzler Sebastian Kurz vor-schwebt, wird unter diesen Voraussetzungen nicht einfach zu realisieren sein. Die SPÖ wird jedenfalls

mit am Verhandlungstisch sitzen. Unangenehm für die Regierung könnte es auch werden, wenn der Bundesrat mit einer SPÖ-FPÖ-Mehrheit von Oppositionsgeist getragene Entschlüsse an die Bundesregierung beschließt – also konkrete Wünsche äußert. Solche Entschlüsse müssen zwar nicht befolgt werden. Freilich tut es dem politischen Klima nicht gut, wenn die Regierung permanent den Willen des Parlaments (in diesem Fall des Bundesrats) missachtet.

Im Übrigen ist der Bundesrat nicht so ohnmächtig, wie seine Kritiker behaupten. Heuer brachte er zwei wesentliche Gesetzesvorhaben zu Fall: Die Ökostromnovelle und die Schuldenbremse. Beide Materien hätten in die Kompetenzen der Bundesländer eingegriffen.